

**PRESSE-
KONFERENZ**
05.08.2026

EQUAL PENSION DAY 2026: ÖSTERREICH VIZE- EUROPAMEISTER BEI DER PENSIONSRLÜCKE

**Weniger Lohn, Nachteile durch Teilzeit und
Altersdiskriminierung: Frauen zahlen im Pensionsalter den Preis
für unfaire Arbeitsteilung und strukturelle Benachteiligung**

RENATE ANDERL

Präsidentin der AK Wien

PIA ZHANG

Stv. Leiterin der Abteilung Sozialversicherung in der AK Wien



EQUAL PENSION DAY 2026: ÖSTERREICH VIZE-EUROPAMEISTER BEI DER PENSIONS LÜCKE

AK fordert strukturelle Änderungen am Arbeitsmarkt und im Pensionskonto – anstelle einer zynischen Debatte über ein höheres gesetzliches Pensionsantrittsalter.

Kein Grund zum Feiern, sondern ein Weckruf: Am 9. August ist ‚Equal Pension Day‘. Bis zu diesem Tag haben Männer in Österreich bereits jene Pensionssumme erreicht, für die Frauen ein ganzes Jahr brauchen. „Diese massive Pensionslücke von fast 40 Prozent ist ein klarer Handlungsauftrag an die Politik“, betont AK Präsidentin Renate Anderl. „Die Arbeiterkammer fordert deshalb sofortige Maßnahmen: Eine bessere Anrechnung von Kindererziehungszeiten, den flächendeckenden Ausbau der Kinderbetreuung, echte Lohntransparenz und ein Bonus-Malus-System gegen das Aussortieren älterer Beschäftigter.“

Altersarmut ist weiblich: Frauen zahlen Preis für unfaire Arbeitsteilung

Der Equal Pension Day macht sichtbar, wie tief die Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im Alter in Österreich noch immer verankert ist. Aktuelle Berechnungen auf Basis der heimischen Pensionsversicherung zeigen: Frauen erhalten in Österreich im Durchschnitt um fast 40 Prozent (39,4 Prozent) weniger Pension als Männer. Das belegt auch der internationale Vergleich: Laut dem jüngsten OECD-Bericht bildet Österreich im deutschsprachigen Raum das Schlusslicht bei der Gleichstellung im Alter und liegt bei der Pensionslücke weit über dem OECD-Schnitt. Auch die Eurostat-Zahlen bestätigen diese alarmierende Tendenz: Österreich weist im EU-Vergleich nach Malta die zweithöchste geschlechtsspezifische Pensionslücke auf.

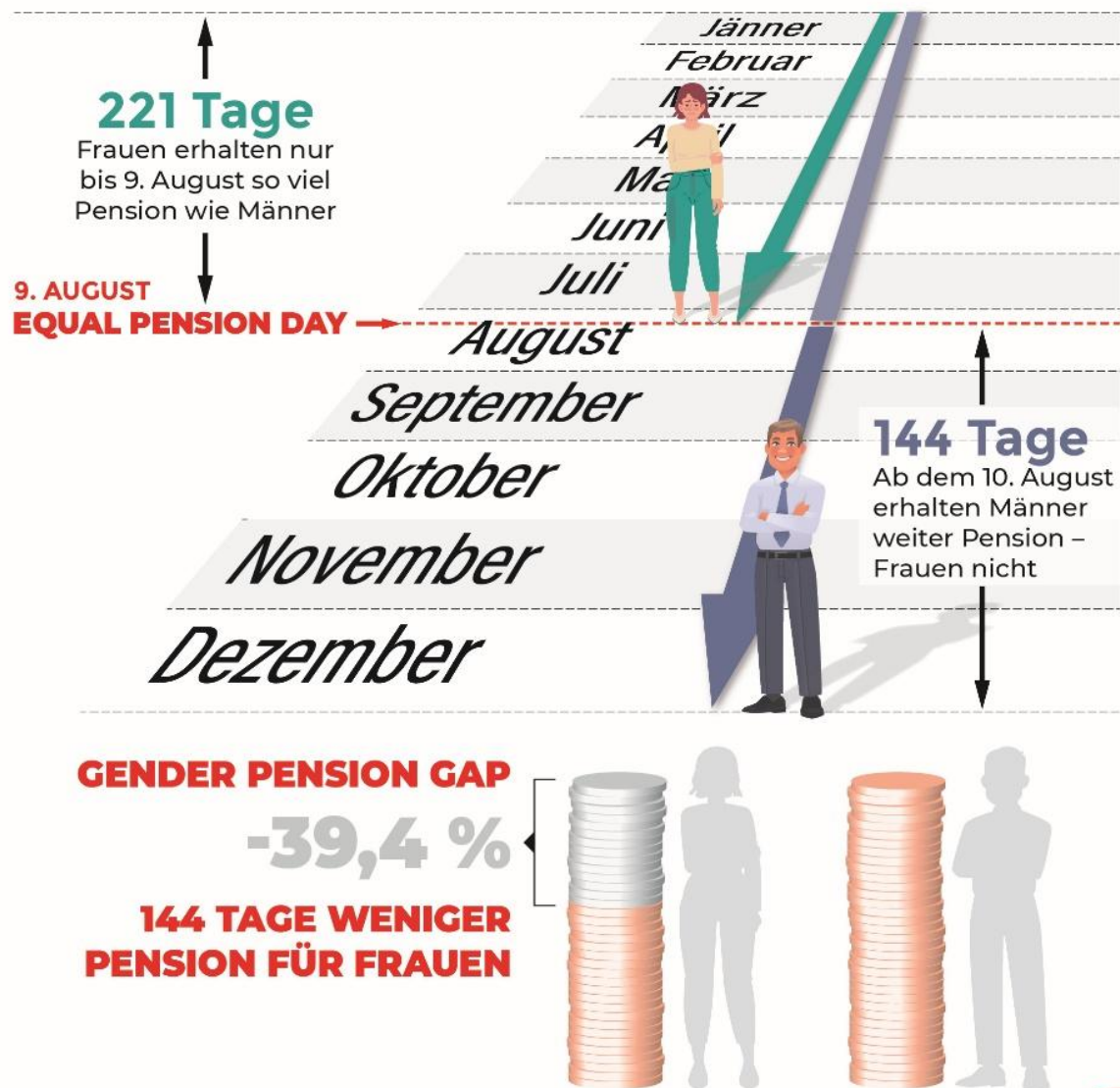
Diese Lücke ist kein rein statistisches Phänomen, sondern hat gravierende soziale Folgen: Denn Frauen tragen die Auswirkungen ungleicher Einkommen, ungleicher Arbeitszeiten und ungleicher Verteilung von Betreuungspflichten bis weit in die Pension hinein. Die Pensionslücke ist damit nicht nur ein Gleichstellungsproblem, sondern vor allem ein großes Risiko für Altersarmut: Aktuell sind 28 Prozent der alleinstehenden Pensionistinnen armutsgefährdet, während es bei den Männern lediglich 14 Prozent sind. Zudem sind zwei Drittel der Ausgleichszulage-Beziehenden weiblich.

AK Präsidentin Renate Anderl:

„Der Equal Pension Day zeigt in aller Deutlichkeit, dass Frauen in Österreich bis heute den Preis für eine unfaire Verteilung von Arbeit bezahlen. Sie verdienen im Erwerbsleben weniger, sie übernehmen deutlich mehr unbezahlte Sorgearbeit, sie arbeiten häufiger in Teilzeit und sie haben öfter unterbrochene Erwerbskarrieren. Dass Frauen im Alter dann fast 40 Prozent weniger Pension bekommen als Männer, ist daher kein Zufall, sondern das Ergebnis struktureller Ungleichheit. Statt jährlicher Betroffenheit am Equal Pension Day brauchen wir endlich Taten in Form von existenzsichernden und alternsgerechten Arbeitsbedingungen, gesetzlichen Verbesserungen und flächendeckender Kinderbetreuung.“

~40 PROZENT WENIGER PENSION

So groß ist die Pensionslücke zwischen Frauen und Männern in Österreich



Quelle: Pensionsversicherungs-Jahresstatistik, Dezember 2025. Berechnung: MA 23 - Wirtschaft, Arbeit und Statistik der Stadt Wien

ARBEITSMARKT STELLT DIE WEICHEN

Lohnlücke und Teilzeitarbeit als Pensionsdämpfer

Niedrige Frauenpensionen entstehen nicht erst beim Pensionsantritt, sondern über Jahrzehnte hinweg am Arbeitsmarkt. 2024 lag der ‚Gender Pay Gap‘ in Österreich bei 17,6 Prozent, was bedeutet, dass Frauen pro Stunde im Durchschnitt um 17,6 Prozent weniger verdienen als Männer. Wer über ein ganzes Berufsleben hinweg deutlich geringere Stundenlöhne erhält, kann am Ende auch keine gleichwertigen Pensionsansprüche aufbauen.

Verschärft wird dieses Problem durch Teilzeitarbeit. Viele Frauen müssen ihre Arbeitszeit deshalb reduzieren, weil Kinderbetreuung, Pflege und Haushalt in Österreich noch immer überwiegend auf ihren Schultern lasten. Das spiegelt sich in den Erwerbsbiografien deutlich wider: Frauen hatten 2022 durchschnittlich 8,4 Jahre Erwerbslücken, Männer hingegen nur 5,6 Jahre. Besonders drastisch zeigen sich die Folgen einer Familiengründung: Zwölf Jahre nach

der Geburt eines Kindes liegt das Einkommen von Frauen im Schnitt noch immer um zehn Prozent unter dem Niveau vor der Geburt, während Männer im selben Zeitraum ein Einkommensplus von 16 Prozent verzeichnen.

Wie teuer Frauen die Teilzeitarbeit im Alter zu stehen kommt, zeigt das Pensionskonto: Wer wegen Betreuungspflichten ein Arbeitsleben lang halbtags arbeitet und dementsprechend weniger verdient, erwirbt nur die Hälfte der Pensionsgutschriften. Die Pension fällt dadurch so niedrig aus, dass sie oft nicht einmal den Richtsatz der Ausgleichszulage erreicht. Die langfristigen Folgen von Teilzeitarbeit wirken demnach schleichend, aber folgeschwer: Jedes Jahr Halbtagsarbeit kostet rund ein Prozent der späteren Pension, jedes Jahr Erwerbspause verringert sie sogar um zwei Prozent.

Pia Zhang, Stv. Leiterin der Abteilung Sozialversicherung in der AK Wien:

„Wer schlechter bezahlt wird, wegen der Betreuung von Kindern oder der Pflege Angehöriger aus dem Job gedrängt wird, über Jahre nur in Teilzeit arbeiten kann und dadurch schlechtere Aufstiegschancen hat, baut zwangsläufig geringere Pensionsansprüche auf. Das führt zu einer fatalen Kumulation von Nachteilen. Mehr als ein Viertel der alleinstehenden Pensionistinnen in Österreich ist armutsgefährdet. Deshalb beginnt eine gerechte Frauenpension nicht beim Pensionsrecht, sondern bei fairen Löhnen, verlässlicher Kinderbetreuung und Pflege, guten Arbeitsbedingungen und einer gerechten Verteilung der Familienarbeit.“

Altersdiskriminierung: Arbeitslos vor der Pension

Wer in der aktuellen Debatte ein noch höheres Pensionsantrittsalter fordert, verkennt die Realität am Arbeitsmarkt. Seit Jänner 2024 wird das gesetzliche Frauenpensionsalter schrittweise auf 65 Jahre angehoben – mit einem ernüchternden Ergebnis: Anstatt länger im Betrieb gehalten zu werden, steigt auch die Arbeitslosigkeit älterer Frauen an. Aktuelle Daten zeigen, dass die Arbeitslosenquote bei Frauen zwischen 60 und 64 Jahren mittlerweile bei 7,2 Prozent liegt (2025). Ein immer späterer Pensionsantritt führt also nicht automatisch zu längerer Beschäftigung, sondern für viele direkt in die Arbeitslosigkeit. Fast jede dritte Frau scheitert am direkten Übertritt aus der Beschäftigung in die Pension.

Der Grund dafür ist eine grassierende Altersdiskriminierung in vielen Unternehmen: Ältere Arbeitnehmerinnen werden oft aussortiert oder nach Jobverlust gar nicht erst wieder eingestellt. Die Alarmglocken schrillen längst: Mehr als die Hälfte der heimischen Betriebe (mit 20 oder mehr Beschäftigten) beschäftigt nach wie vor keine einzige Frau über 60 Jahren. Wer vor diesem Hintergrund das Antrittsalter noch weiter hinaufsetzen will, plant auf dem Rücken der Frauen schlichtweg eine verdeckte Pensionskürzung. Denn wer keinen Job mehr findet oder körperlich am Limit ist, den zwingt ein höheres Antrittsalter in die Arbeitslosigkeit.

Um diese Altersdiskriminierung am Arbeitsmarkt endlich zu stoppen, fordert die AK ein verbindliches Monitoring samt Bonus-Malus-System. Zukünftig soll jeder Betrieb ab 20 Beschäftigten jährlich darüber informiert werden, wie viele Ältere er im Vergleich zum eigenen Branchenschnitt beschäftigt. Unterschreitet ein Unternehmen diese Zielvorgaben systematisch – etwa indem Frauen vor der Pension aussortiert werden –, soll es finanziell zur Kasse gebeten werden (Malus). Betriebe, die hingegen ihre Branchenziele erreichen und Älteren einen sicheren Arbeitsplatz bieten, sollen belohnt werden (Bonus).

„Die Debatte über ein immer höheres gesetzliches Antrittsalter geht an der Lebensrealität von Frauen vorbei und ist blanker Zynismus“, betont Pia Zhang, Stv. Leiterin der Abteilung Sozialversicherung in der AK Wien. „Wer fernab des echten Arbeitsalltags fordert, dass Frauen noch länger arbeiten sollen, ignoriert die harten Fakten: Zum einen fordern anstrengende

Berufe früh ihren Tribut: Die gesunde Lebenserwartung liegt bei Frauen mit 61 Jahren schon jetzt deutlich unter dem gesetzlichen Pensionsantrittsalter. Nach einem Leben voller harter Arbeit haben Frauen eine Pension in Gesundheit verdient und kein Weiterarbeiten bis zum Umfallen. Zum anderen haben ältere Arbeitnehmerinnen am Arbeitsmarkt nur sehr schlechte Chancen und finden schwer eine Wiedereinstellung – ein höheres Antrittsalter führt für viele geradewegs in die Arbeitslosigkeit. Es kann nicht sein, dass Unternehmen ihre Verantwortung einfach abgeben und ältere Frauen der Arbeitslosigkeit überlassen. Wer sich so aus der Affäre zieht, soll künftig einen Ausgleichsbetrag leisten.“

RECHTZEITIG GEGENSTEUERN

Mehr Fairness bei der Kindererziehung und im Betrieb

Ein zentraler Grund für die Pensionslücke liegt in der ungleichen Verteilung von unbezahlter Arbeit: Eine partnerschaftliche Aufteilung von Kinderbetreuung und Haushalt ist in Österreich nach wie vor eher Ausnahme als Regel. Weil auch ein flächendeckendes, ausreichendes Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen vielerorts fehlt, bleibt Müttern meist nur ein Ausweg: Sie wechseln für viele Jahre in Teilzeit. Nur so lässt sich der Spagat zwischen Familie und Beruf überhaupt stemmen – ein Kompromiss, der sich auf dem Pensionskonto rächt.

Um diese Verluste teilweise aufzufangen, werden Kindererziehungszeiten derzeit für die ersten vier Lebensjahre des Kindes gutgeschrieben (Beitragsgrundlage 2026: 2.468,01 Euro). Dadurch erhöht sich die monatliche Pension um 150,62 Euro. Die Phase der intensiven Betreuung und Erziehung von Kindern dauert aber wesentlich länger als vier Jahre. Das Arbeitsrecht ermöglicht deshalb Elternteilzeit bis zum 8. Geburtstag des Kindes – das Pensionsrecht bildet das aber nicht ab.

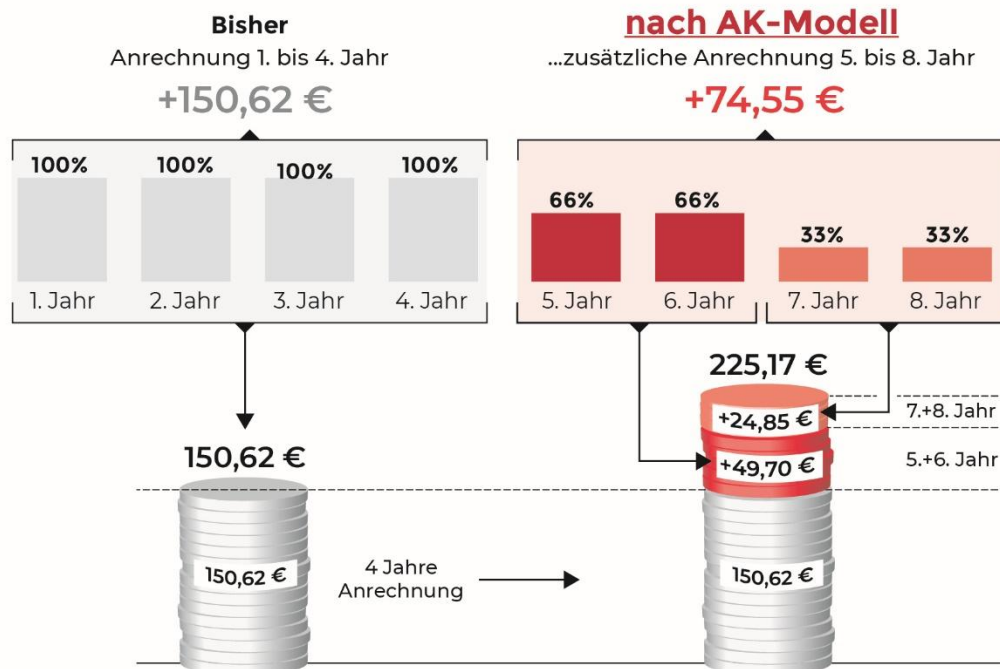
Auch in der Pensionsversicherung sollten aus Sicht der AK die Kindererziehungszeiten künftig insgesamt acht Jahre angerechnet werden. Im fünften und sechsten Lebensjahr des Kindes sollen noch 66 Prozent der Beitragsgrundlage gutgeschrieben werden, im siebten und achten Lebensjahr noch 33 Prozent. In der Praxis bedeutet dieses Stufenmodell eine spürbare finanzielle Aufwertung: Die monatliche Pension für diese Zeiten würde um knapp 75 Euro auf insgesamt 225,17 Euro steigen. Auf eine typische Pensionsbezugsdauer von 20 Jahren gerechnet, bringt diese längere Anrechnung einer Frau mit Kind rund 21.000 Euro mehr. So werden empfindliche Pensionsverluste spürbar abgefedert, die durch die Übernahme familiärer Sorgearbeit entstehen.

„Frauen wollen im Alter finanziell unabhängig sein. Die bestehenden vier Jahre Kindererziehungszeit sind dafür ein enorm wichtiger und richtiger Baustein“, betont AK-Präsidentin Renate Anderl. „Wir sehen aber, dass der Weg zurück in die Vollzeit in der Realität oft länger dauert. Genau deshalb wollen wir diese Anrechnung auf acht Jahre ausbauen – als fairen Ausgleich für geleistete Sorgearbeit. Unser oberstes Ziel muss es aber sein, dass Frauen rechtzeitig selbst gegensteuern können. Dafür braucht es ein echtes ‚Halbe-Halbe‘ bei der Familienarbeit und Unternehmen, die Frauen einen raschen Wiedereinstieg ermöglichen. Gleichzeitig ist es höchste Zeit, der Altersdiskriminierung am Arbeitsmarkt den Riegel vorzuschieben und echte Lohntransparenz in den Betrieben durchzusetzen. Die Wirtschaft muss hier stärker in die Pflicht genommen werden, damit Frauen überhaupt die Chance haben, fair bezahlt bis zur Pension zu arbeiten.“

Kindererziehungszeiten wirken sich positiv auf die Pensionshöhe aus

Berechnung bezogen auf fixe Beitragsgrundlage von 12 x 2.468,01 €/Monat*

■ Anrechnung von KEZ (bezogen auf die Beitragsgrundlage)



■ Bei 20 Jahren Pensionsbezug wären das zusätzlich zur gesetzlichen Pension:

€ 42.173,60
Anrechnung 1. bis 4. Jahr

+ € 20.870,00
Anrechnung 5. bis 8. Jahr

€ 63.047,60

Quelle: AK Wien, *Wert 2026



FAIRE PENSIONEN - SCHLUSS MIT UNGERECHTIGKEITEN!

- **Bessere Anrechnung von Kindererziehungszeiten:** Familienplanung darf kein Ticket in die Altersarmut sein! Deswegen: Ein faires Stufenmodell mit 8 statt 4 Jahren Gutschrift auf dem Pensionskonto.
- **65 Jahre sind genug. Keine weitere Erhöhung des Antrittsalters!** Die wahre Hausaufgabe lautet: Menschen bis 65 fest im Job halten, statt sie aufs Abstellgleis zu schieben.
- **Bonus-Malus-System gegen Altersdiskriminierung:** Wer als Betrieb auf die Erfahrung älterer Beschäftigter setzt, wird finanziell belohnt. Wer lieber aussortiert, wird zur Kasse gebeten.
- **Krankheit ist kein Kündigungsgrund:** Loyalität darf keine Einbahnstraße sein. Wer jahrelang Leistung bringt, darf bei Krankheit nicht einfach fallengelassen werden. Kranke Beschäftigte gehören geschützt, nicht gekündigt.
- **Faire Löhne durch Transparenz:** Konsequente und rasche Umsetzung der EU-Lohntransparenzrichtlinie, um Einkommensdiskriminierung wirksam zu bekämpfen.
- **Ausbau flächendeckender, leistbarer und hochqualitativer Kinderbetreuungs- sowie Pflegeeinrichtungen:** Ein bundesweites Angebot entlastet Eltern und schützt ältere Frauen davor, mangels Betreuungsplätzen bei den Enkeln einspringen oder sich um Angehörige kümmern zu müssen.

Equal Pension Day 2026: Österreich Vize-Europameister bei der Pensionslücke

Rückfragehinweis

Arbeiterkammer

Ozren Sehic

1040, Prinz-Eugen-Straße 20-22

T: +43 1 50165 DW 11172

M: +43 664 883 675 29

E-Mail: ozren.sehic@akwien.at



WIEN.ARBEITERKAMMER.AT



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN